

Vorlage an den Landrat

Titel: Zusätzliche Berichterstattung zur Erfüllung des Postulats [2013-028](#) von Martin Rüegg, SPFraktion: «Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II»

Datum: 5. September 2017

Nummer: 2017-326

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

Vorlage an den Landrat

2017-326

Zusätzliche Berichterstattung zur Erfüllung des Postulats [2013-028](#) von Martin Rüegg, SP-Fraktion: « Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II »

vom 5. September 2017

1. Text des Postulats

Am 24. Januar 2013 reichte Martin Rüegg das Postulat 2013-028 «Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II» ein, welches vom Landrat am 10. April 2014 mit folgendem Wortlaut überwiesen wurde:

Im September 2010 haben sich die Stimmberechtigten des Kantons Baselland für die Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz und somit für ein neues, einheitliches Schulsystem ausgesprochen. In der Vernehmlassung zur neuen Stundentafel an den Gymnasien hat sich der Jugendrat BL für die Einführung eines Schulfachs im Bereich der politischen Bildung auf der Sekundarstufe II ausgesprochen. Es wurden auch bereits mehrere Petitionen mit der Forderung nach verbesserter politischer Bildung von Jugendlichen über den Jugendrat direkt an die Regierung eingereicht, wie zum Beispiel am Jugendforum 2010. Leider auch da ohne Erfolg.

An diversen Veranstaltungen (z.B. Jugendforum), die vom Jugendrat organisiert wurden, konnte festgestellt werden, dass die Jugendlichen nur geringe politische Kenntnisse mitbringen. In einem simplen Quiz mit elementaren Fragen zur Schweizer Politlandschaft (z.B. "Wie viele Mitglieder hat der Nationalrat?", "Nenne die sieben Bundesräte.") ergaben sich ernüchternde Ergebnisse. Lediglich 2 von 89 Teilnehmenden erreichten die Höchstpunktzahl. Der klassische Staatskunde-Unterricht im Fach Geschichte scheint also nur ungenügend auf die politischen Realitäten vorzubereiten.

Auf der Sekundarstufe II erfahren alle Schülerinnen und Schüler eine Einführung in "Wirtschaft und Recht". Ebenso wichtig ist eine Einführung in "Staatskunde und Politik". Die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Fragen ist von grundlegender Bedeutung in unserem Gesellschaftssystem.

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, eine Einführung in "Staatskunde und Politik" auf der Sekundarstufe II (v.a. FMS, Gymnasium, WMS) für alle Schülerinnen und Schüler zu prüfen und dem Landrat darüber zu berichten.

2. Erste Berichterstattung mit LRV 2015-074

Am 10. Februar 2015 unterbreitete der Regierungsrat dem Landrat den ersten Bericht zum Postulat 2013-028 (LRV 2015-074). Die vorberatende Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat am 7. Oktober 2015 beschlossen, das Postulat mangels Details nicht abzuschreiben. Diesem Beschluss ist der Landrat am 5. November 2015 gefolgt:

1. *Das Postulat 2013/028 wird nicht abgeschrieben.*
2. *Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Landrat detaillierter zur politischen Bildung an den Gymnasien zu berichten und aufzuzeigen, welche Lösungen aktuell umsetzbar sind.*

3. Zusatz-Bericht des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass der politischen Bildung an den Schulen der Sekundarstufe II ein hoher Stellenwert gebührt. Ein weiteres Fach, das mit wenigen Stunden dotiert ist, ist aus pädagogischer Sicht aber abzulehnen. Die Stundentafel darf nicht noch stärker aufgesplittert werden. Die Kantonsfinanzen lassen die Einführung eines neuen zusätzlichen Schulfachs ebenfalls nicht zu. Die kostenneutrale Möglichkeit, Abstriche bei anderen Fächern zu machen, ist nicht umsetzbar. Im Fokus würden Deutsch und Mathematik stehen, die Lektionen abgeben müssten. In der Maturitätsabteilung der Gymnasien müsste wohl zudem das Schwerpunktfach Lektionen abgeben. Alle anderen Fächer haben eine Dotation, bei der keine Abstriche möglich sind, weil entweder die Stundendotation bereits nur zwei Lektionen beträgt oder in den Fremdsprachen mit drei Lektionen bereits an der Untergrenze ist. Gerade in den Fächern Deutsch und Mathematik sollten aber nach den Erkenntnissen aus EVAMAR II ([2005-2008: Evaluation des Maturitätsanerkennungsreglements](#)) keine Stunden gestrichen werden. Die Lösung muss deshalb innerhalb der bestehenden bzw. beschlossenen Stundentafeln gesucht werden.

3.1. Was ist politische Bildung?

Auch wenn der Handlungsbedarf im Bereich der politischen Bildung unumstritten ist, so bleibt hingegen weniger klar, welches die Themen und Ziele der politischen Bildung sind. Die Schulleitungskonferenz der basellandschaftlichen Gymnasien hat sich dieser Frage angenommen und sie anlässlich einer zweitägigen Weiterbildung diskutiert, u.a. gemeinsam mit Frau Prof. Beatrice Ziegler, Leiterin des Zentrums Politische Bildung und Geschichtsdidaktik in Aarau. Gemäss Prof. Ziegler sollte politische Bildung zum Ziel haben, die Schülerinnen und Schüler zur informierten Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu befähigen und damit zur Entwicklung der Mündigkeit beizutragen.

Damit wird deutlich, dass die klassische Staatskunde mit ihrer reinen Institutionenlehre nicht ausreichend ist. Politische Bildung umfasst zwar Kenntnisse, erfordert aber auch Bewusstseinsklärung sowie Kompetenzen, die nicht ausschliesslich unter dem Stichwort politische Bildung zusammengefasst werden können.

Erhebungen, welche suggerieren, dass gegenwärtig zu wenig politische Bildung an den Schulen unterrichtet werde, sind mit Vorsicht zu betrachten: Gefässe und Lehrpläne für politische Bildung zur Verfügung zu stellen ist keine Garantie, die erwünschten Ziele zu erreichen. Es ist durchaus möglich, Politikbewusstsein und Mündigkeit in der politischen Sphäre zu fördern, auch wenn keine expliziten Gefässe für politische Bildung bestehen.

Für die Maturitätsabteilung und FMS unserer Gymnasien ist es ein zentrales Anliegen und eine Selbstverständlichkeit, dass politische Bildung vermittelt wird. Aufgrund der oben beschriebenen

Rahmenbedingungen kann dies nicht flächendeckend in Unterrichtsgefässen, die explizit diesem Begriff untergeordnet sind, geschehen. Die Strategie der Schulen sieht deshalb vor, die politische Bildung auf drei Ebenen zu stärken.

- 1) Anlässe und Kurse ausserhalb der Klasse (z.B. politische Podiumsveranstaltungen, Diskussionsforen mit Vertretungen politischer Parteien) sollen intensiviert werden.
- 2) Den Lehrplänen bzgl. politischer Bildung bzw. deren Verbindlichkeit soll verstärkt Beachtung geschenkt werden.
- 3) Mit Hilfe neuer Gefässe soll zusätzlicher Raum für politische Bildung geschaffen werden.

3.2. Politische Bildung ausserhalb des Regelunterrichts

Sowohl in der FMS als auch in der Maturitätsabteilung der Gymnasien bestehen Möglichkeiten, politische Themen in Unterrichtsprojekten zu vertiefen, die zum Teil nicht im Rahmen des Klassenunterrichts stattfinden. Diese Projekte können oft von Schülerinnen und Schülern gewählt werden, sind also nicht immer für alle obligatorisch (Beispiele: Ergänzungsfach „Konflikte“, Wahlkurs „Aktuelle politische Probleme: Kanton - Schweiz – international“). Daneben finden zu Abstimmungen und Wahlen an allen Baselbieter Gymnasien jeweils Podien statt, im Rahmen derer sich die Schülerinnen und Schüler aus erster Hand über politische Themen, Fragen und Positionen orientieren können. Diese Podien sind meist für ganze Jahrgangsstufen obligatorisch.

3.3. Verankerung der politischen Bildung in den aktuellen Lehrplänen

Die **klassischen Elemente der Staatskunde sind bereits heute Bestandteil** des Curriculums der Maturitätsabteilung sowie desjenigen der FMS und dem Fach Geschichte angegliedert. Alle Schülerinnen und Schüler der Maturitätsabteilung haben zudem entweder das Schwerpunktfach oder das Grundlagenfach „Wirtschaft und Recht“. Sowohl im Schwerpunktfach als auch im Grundlagenfach wird politische Bildung vermittelt. Ebenso vermittelt das Fach „Wirtschaft und Recht“ in der FMS politische Bildung. Nicht zuletzt darf nicht vergessen werden, dass insbesondere im modernen Fremdsprachenunterricht und im Fach Geografie auch aktuelle politische Themen regelmässig, wenn auch nicht systematisch thematisiert werden.

Die folgenden Lehrplan-Auszüge zeigen, inwiefern politische Bildung bereits heute an den Gymnasien verankert ist:

Aus dem Lehrplan Geschichte der Maturitätsabteilung:

- Entstehung und Entwicklung der modernen Schweiz;
- Staatskunde: Aufbau des Staates, Rechte und Pflichten, Meinungsbildung, politische Partizipation und Entscheidungswege, Parteien, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Aussenpolitik.
- Die politische Geschichte eröffnet den Schülerinnen und Schülern den Zugang zu den Begriffen Macht, Machtkontrolle und Partizipation an der Macht. Sie vermittelt ihnen Einsichten in die Problematik der Konflikte und der Konfliktlösung.

Aus dem Lehrplan des Grundlagenfachs Wirtschaft und Recht der Maturitätsabteilung:

- Die Schülerinnen und Schüler lernen, sich als Bürger und Bürgerinnen unseres Staates sowie als Teilnehmende am Wirtschaftsleben, etwa als Arbeitende und Konsumierende, zurechtzufinden.
- Die Lernenden sollen grundlegende Einsichten in die Funktionsweise der Wirtschaft als Ganzes und des Rechts gewinnen. Sie können das wirtschaftliche und rechtliche Geschehen verstehen, interpretieren und eigene Entscheidungen treffen.

Aus dem Lehrplan Geschichte der FMS:

- Entstehung und Ausbildung des schweizerischen Bundesstaates,
- aktuelles politisches Geschehen und politische Rechte,

- Friedenspolitik,
- Europäische Integration,
- Globalisierung.

Aus dem Lehrplan Wirtschaft und Recht der FMS:

- Die Schülerinnen und Schüler sollen sich als Bürgerinnen und Bürger unseres Staates sowie als Teilnehmende am Wirtschaftsleben, z.B. als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Konsumierende zurechtfinden.
- Aufbau des Rechtsstaates.

Es ist zudem davon auszugehen, dass der neue, eidgenössische FMS-Rahmenlehrplan Kompetenzziele zur politischen Bildung expliziter als bisher formuliert. Die Gymnasien werden per August 2019 für die Maturitätsabteilung neue Lehrpläne formulieren, da dann die ersten Schülerinnen und Schüler in die Gymnasien eintreten, die 6 Jahre Primarschule, 3 Jahre Sekundarschule und 4 Jahre Gymnasium bis zur Matur durchlaufen werden. Die Gymnasien werden die Lerninhalte zur politischen Bildung in den Lehrplänen noch expliziter formulieren. Die Schulen müssen bei der Umsetzung der offen formulierten Lehrpläne auf mehr Verbindlichkeit setzen und deshalb auch grundlegende Wissenskompetenzen einfordern, sei es über gemeinsame Veranstaltungen, dem gemeinsamen Prüfen vor Ort oder der gemeinsamen Vorbereitung von Unterrichtseinheiten.

3.4. Schaffung neuer Gefässe

Die Umsetzung des 4-jährigen Ausbildungsganges der Maturitätsabteilung bietet den einzelnen Gymnasien Möglichkeiten, anhand von neuen Gefässen das politische Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler verstärkt zu fördern. Einerseits können weitere Sonderwochen geplant werden, während derer sich Schülerinnen und Schüler gewissen Schwerpunktthemen widmen. Zudem können die Lektionen des sogenannten schulspezifischen Pools der Maturitätsabteilung eingesetzt werden. Die Poolstunden wurden den Gymnasien zugesprochen, um die Entwicklung und Umsetzung von schuleigenen Konzepten zu ermöglichen. Es besteht weder ein Zwang, politische Bildung zu integrieren noch besteht ein Zwang andere Lerninhalte zu integrieren. Es soll den Gymnasien überlassen sein, wie sie ihre Schwerpunkte setzen und wie sie die politische Bildung integrieren – ob in Sonderwochen oder im Rahmen des schulspezifischen Pools. Für die flächendeckende Einführung eines Fachs politische Bildung an den Gymnasien sind diese Lektionen deshalb nicht explizit bestimmt. Eine Übersicht der Schulen macht deutlich, dass an einzelnen Gymnasien Poolstunden speziell für das Fach politische Bildung eingesetzt werden und dass an sämtlichen Schulen neue Sondergefässe bzw. Sonderwochen konzipiert wurden, welche eine Förderung der politischen Bildung ermöglichen (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Konkrete Umsetzung an den BL-Gymnasien

| Schule | Explizit in Lehrplänen geregelt | Bestehende Gefässe für FMS und Maturitätsabteilung | Neue Gefässe im Rahmen der Verlängerung der Gymnasialdauer |
|----------------|--|--|---|
| Alle Gymnasien | Lehrpläne Geschichte: Staatskundliche Aspekte und politische Bildung. Lehrpläne Wirtschaft und Recht: politische Bildung. | Geschichtsunterricht, Unterricht in Wirtschaft und Recht, Podiumsveranstaltungen zu Wahlen und Abstimmungen. Wahlkurse, Ergänzungsfächer | |
| Laufen | | | Sonderwoche „politische Bildung“ 2 Tage Theorie-Inputs, anschliessend 2 Tage simulierte Parlamentsdebatten |
| Liestal | | | Akzentkurs mit aktuellen gesellschaftsrelevanten Themen (Bsp: Flüchtlinge, Die Schweiz und ihre religiöse Vielfalt, Die Ernährung der Welt) (2 Jahreslektionen, d.h. 80 Lektionen, Teil des schulspezifischen Pools) |
| Münchenstein | | Debattierkurs zu politischen Themen als Freifach | |
| Muttenz | | | Politische Bildung als Fach in der 3. Klasse (1 Jahreslektion, d.h. 40 Lektionen, Teil des schulspezifischen Pools) |
| Oberwil | | Sonderveranstaltungen zur politischen Bildung (z.B. Simulation von Debatten in Parlamenten) | Politische Bildung angegliedert an das Fach Geschichte in der 2. Klasse (1 Jahreslektion, d.h. 40 Lektionen, Teil des schulspezifischen Pools) |

4. Fazit

Mit den oben beschriebenen Massnahmen, der Stärkung der Verbindlichkeiten innerhalb der bestehenden Lehrpläne sowie dem zusätzlichen Raum für neue Unterrichtsgefässe wird politische Bildung an den Gymnasien (Maturitätsabteilung und FMS) bewusst und zielorientiert gefördert. Zudem werden die Gymnasien per August 2019 neue Lehrpläne für die Maturitätsabteilungen formulieren. Darin werden sie die Lerninhalte zur politischen Bildung expliziter resp. konkreter formulieren.

5. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat 2013-028 « Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II » abzuschreiben.

Liestal, 5. September 2017

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:
Sabine Pegoraro

Der Landschreiber:
Peter Vetter